



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/55 - 7.3.1955

Minweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 939 990

Die Krise der FDP	S. 1
Die Außenpolitik der Westmächte in norwegischer Sicht	S. 3
Das "Konkordat" von Hannover	S. 5
Wichtiger Hinweis für kinderreiche Familien	S. 7

Partei der inneren Widersprüche

sp - Mitte dieser Woche wird der Hauptausschuss der FDP in Bonn zu einer wichtigen Tagung zusammentreten, nachdem vorher die Bundestagsfraktion der gleichen Partei zur gegenwärtigen politischen Situation Stellung genommen haben wird. Beide Sitzungen werden sozusagen eine Art Auftakt zu dem Parteitag der FDP Ende März in Oldenburg bilden, auf dem der bisherige Vorsitzende, Dr. Dehler, wiedergewählt werden wird, was nach allgemeiner politischer Ansicht wahrscheinlich ist, oder durch einen neuen Mann ersetzt werden wird.

Die FDP befindet sich zur Zeit ohne Zweifel in einem krisenähnlichen Zustand. Er würde vor allem sichtbar während der zweiten und dritten Lesung der Pariser Verträge, genauer gesagt, während der Beratung und der Entscheidung über das Saarstatut, bei dessen Behandlung es zu ernststen Schwierigkeiten kam. Sie wurden besonders deutlich bei der verschiedenen Haltung der FDP-Minister während der Abstimmung, als sich Vizekanzler Blücher für das Saarstatut erklärte, während die Minister Preussker und Schüfer sich der Stimme enthielten.

Am letzten Wochenende hat sich nur der Vorsitzende, Dr. Dehler, auf den Landesparteitagen Schleswig-Holstein und Hamburg zu dem ganzen Fragenkomplex geäußert, außerdem hat er der "Welt" ein

Interview gegeben, das manche interessante, aber auch einige widerspruchsvolle Aspekte aufweist.

Er hat bei dieser Gelegenheit auch über das Gespräch berichtet, das er mit dem Bundeskanzler gehabt und dessen Ausgangspunkt Dehlers' grosse, viel beachtete Angriffsrede gegen den Bundeskanzler am vergangenen Sonntag war. In Malente-Crämmermühlen hat Dr. Dehler mitgeteilt, er habe dem Kanzler gesagt, er billige die innen- und aussenpolitischen Ziele des Bundeskabinetts und er sei bereit, die Koalition mit der CDU fortzusetzen und der Kanzler habe ihm zugestimmt. Dies ist eine etwas merkwürdige Mitteilung, die auch der Kanzler mit einigen Erstaunen zur Kenntnis genommen haben dürfte, denn schliesslich hatte er nach der Rede Dehlers im Bundestag wohl auf etwas anderes als eine so summarische Zustimmungserklärung gefasst sein können.

Auf sozialdemokratischer Seite hat man von vornherein und sehr bewusst weitgehende Zurückhaltung bei der Beurteilung der Krise in der Koalition geübt, weil frühere Erfahrungen schon immer darauf hingewiesen haben, dass der Widerstand der FDP gegen die Selbstherrlichkeit des Bundeskanzlers nicht von langer Dauer gewesen ist.

Widerspruchsvoll waren auch die Erklärungen Dr. Dehlers, die sich auf die Haltung der Sozialdemokratischen Partei bezogen. Während der Vorsitzende der FDP nach einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in Schleswig-Holstein erklärt haben soll, die Auffassung der Sozialdemokraten, vor Inkrafttreten der Pariser Verträge mit der Sowjetunion zu verhandeln, sei falsch, hat er in dem Interview mit der Welt wörtlich erklärt: "Nicht erst nach der Ratifizierung, sondern ganz unabhängig von Terminen schon jetzt."

Auch nach den letzten Reden und Erklärungen Dr. Dehlers ist noch absolut unklar, wie sich die FDP weiterhin in der Frage des Verbleibens in der Koalition verhalten wird. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Freien Demokraten und stellvertretende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Middelhaufe, hat jedenfalls in Kassel erklärt, dass seine Partei auch durchaus bereit sei, die Koalition aufzukündigen, wenn sich das als notwendig erweisen sollte. Auch bei ihm werden die gleichen Widersprüche sichtbar, die für die Haltung der FDP im allgemeinen so bezeichnend sind, wenn er fast im gleichen Atemzuge feststellte, die Aussenpolitik der Bundesregierung sei im Grundsatz richtig und dann, im schroffen Gegensatz dazu, erklärte: "Bis jetzt genügen mir die Schritte, die der Bundeskanzler in der Frage der Wiedervereinigung unternommen hat, in keiner Weise."

Das, was an Äusserungen von massgebender Seite der Freien Demokratischen Partei am Montag bekannt geworden ist, kann jedenfalls nicht im geringsten dazu beitragen, Klarheit über den aussenpolitischen Kurs dieser Partei zu schaffen. Vielleicht wird das durch die währenden Parteigremien am Dienstag und Mittwoch geschehen. Solange wird man sich mit einem Urteil über den aussenpolitischen Kurs der FDP weiterhin sehr zurückhalten müssen, auch wenn sich in den Äusserungen von Dr. Dehler einige sehr bemerkenswerte und verdauliche Feststellungen finden wie etwa die: "Was kann ein Gespräch mit Moskau schaden?" oder jene andere Feststellung: "Ich sehe keinen Grund, warum nicht zu jeder Zeit mit Moskau verhandelt werden sollte. Nach meinem Gefühl ist eine günstige Gelegenheit dazu bereits verpasst worden."

7.3.1955

Politik der Teufelsaustreibung

Die Frage, ob die Westmächte alles getan haben, um mit der Sowjetunion zu einer Verständigung zu kommen, bewegt auch die Gemüter im Norden. Norwegen hat sich schon lange für den Anschluß an den Atlantikpakt entschieden. Aber der Stimmen gibt es viele, die eine geschmeidige Politik gegenüber der Sowjetunion für richtiger halten als das starre Festhalten an der landläufigen Auffassung, dass die politischen Ziele des Sowjetregimes und seine innere Struktur unwandelbar sind. Eine besonders bemerkenswerte Stimme zum Thema findet sich im Organ der Norwegischen Arbeiterpartei, "Arbeiderbladet". Dort schreibt der bekannte Publizist Thorolf Elster u. a.:

Das Sowjetregime kann nicht gestürzt werden. Und nichts kann mehr unpsychologisch sein als zu glauben, dass eine "feste" Haltung an und für sich die Sowjets nachgiebiger machen würde. Wir sollen uns nicht einen Augenblick einbilden, dass der Westen stärker und stärker wird, je länger die internationalen Spannungen dauern. Im Gegenteil, im Rüstungswettlauf müssen wir die Verlierer sein. Das einzige, was wir u. a. tun können, ist, die moderaten Kräfte in der Sowjetunion zu unterstützen: die gesunde Vernunft sagt, dass es diese geben muß. Aber die Westmächte können ja nicht auf das russische Volk direkt einwirken, sondern nur durch ihre Politik gegenüber den wechselnden Gruppierungen in der Leitung.

Und so viel können wir wohl annehmen: wenn mit Malenkow eine etwas andere Schattierung in die russische Außenpolitik gekommen war, hatte dies nicht nur taktische Motive im Verhältnis zum Ausland; es entsprang auch der Lage in der Sowjetunion selbst. Es konnte - vielleicht - eine Chance für den Westen sein, und wir müssen wohl sagen, dass nicht der Versuch gemacht worden ist, sie auszunützen.

Es sieht aus als ob die Staatsmänner des Westens sich wenig um die Wirkungen ihrer Politik gegenüber den anderen Partner kümmern, und es ist dies - und dies allein -, worauf es auf die Dauer ankommt. Kategorisch zu erklären, dass man nach Stalins Tod keine wirkliche Veränderung in der russischen Politik feststellen konnte, war, gelinde gesagt, überflüssig. Es gab auf alle Fälle eine Möglichkeit, und

wir hätten diese mit in Rechnung stellen sollen.

Dies ist nichts mit "Opportunismus" zu tun, sondern nur damit, dass der Westen immer bereit sein soll, die Initiative zu ergreifen, wenn sich eine Möglichkeit eröffnet. Aber jedes Zugeständnis des Ostens muß bezahlt werden mit einem des Westens; ohne "give and take" kann nichts erreicht werden. Und jedes kleine Ergebnis hat nur Wert, wenn es dazu beiträgt, auf die Haltung der Sowjetunion einzuwirken.

Es gibt viele Zugeständnisse, die der Westen nicht machen kann oder soll. Und es ist eine Illusion, dass Verhandlungen um jeden Preis immer nützlich sind. Aber es ist meine Überzeugung, dass es in den letzten Jahren versäumte Möglichkeiten gab. Die Politik, welche die Westmächte nach Stalins Tod führten, legte nicht genügend Gewicht darauf, dass eine neue Situation da war - oder in jedem Fall der Fall zu einer solchen.

Lasst uns der Tatsache in die Augen sehen, dass der Westen es schwierig hat, eine elastische, weitsichtige Politik zu führen, ohne seine Einigkeit zu gefährden. Aber es ist ebenso gefährlich, aus unserer Schwäche eine Tugend zu machen. Wir kommen den wirklichen Problemen niemals näher, wenn wir immer proklamieren, dass das, was wir gemacht, das einzig Kluge war. Das Ganze ist ein Spiel der Möglichkeiten, und niemand kann desser sicher sein, was richtig ist. Wenn wir, aus Angst uns bloßzustellen, unsere eigene Politik kritisch zu würdigen vergessen, wenn wir zu uns selber nur sagen: es sind die Russen, die die Schuld haben - dann ist das Spiel verloren. Natürlich sind es die Russen, die "Schuld" haben: was aber hat das mit der Sache zu tun? Unsere Aufgabe ist es, unsere Politik zu führen, so dass das Resultat so wird, wie wir wollen. Wenn es schief geht - welcher Trost ist es da, dass unsere Seelen weiß sind?

Wir begegnen in der internationalen Politik - in Zwanzigsten Jahrhundert! - auffallend primitiven Medizinmänner-Vorstellungen. Unsere Sache ist es, als verantwortliche und aufgeklärte Menschen eine Aufgabe zu lösen, die Krieg oder Frieden für die ganze Welt bedeutet, und dies können wir nicht mit Beschwörungen tun, nicht damit, dass wir gegen das Böse wüten. Was würden wir sagen, wenn Ingenieure angesichts eines drohenden Erdrückens gegen die Naturkräfte - die die Schuld haben - nur riefen: Weiche, Satan! anstatt mit Kenntnissen und kalter Vernunft darüber nachzudenken, was zur Verhinderung des Unglücks getan werden kann? * * *

Die Regierung Kopf und die evangelischen
Kirchen

-dt, Hannover

Sieben Wochen vor der Landtagsneuwahl hat Ministerpräsident Kopf die Öffentlichkeit mit einem Staatsvertrag überrascht, den er mit den fünf evangelischen Kirchen im niedersächsischen Raum abschließen wird. Es ist, aus dem katholischen Sprachgebrauch übertragen, ein "Konkordat" zwischen der Landesregierung einerseits und den Evangelisch-lutherischen Kirchen Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe sowie der Reformierten Kirche Nordwestdeutschlands andererseits.

Der sachliche Inhalt des Vertrages, soweit bisher bekannt, ist rasch dargestellt: es geht darum, dass das Abkommen von 1931 zwischen dem Staat Preußen und der hannoverschen Landeskirche auch auf die anderen vier niedersächsischen Landeskirchen ausgedehnt wird, auf die sogenannten nichtpreussischen Kirchen, die seit 1946, seit der Gründung Niedersachsens, dem Land mit unterschiedlichen Rechtsbeziehungen angehören. So erhielt die Kirche Oldenburg bis heute vom Staat eine noch von einem früheren Großherzog festgesetzte Dotation von sieben Pfennig pro Seele, während die Landeskirche Schaumburg-Lippe mit 1,20 DM rechnen konnte. Solche Härten werden ausgeglichen, die Sätze vereinheitlicht.

Der Staat lockert ferner die Zügel, die er von früheren Verträgen her in der Hand hat. So mußten bisher die Landeskirchen ihre Haushaltspläne von der Regierung genehmigen und sich die Aufnahme von Krediten bewilligen lassen. Das fällt in Zukunft weg, die "Bewilligung" wird durch "Konsultation" ersetzt. Kircheneigentum, das bisher, ebenfalls auf Grund alter Verträge, vom Staat verwaltet wurde (das hat gerade in der letzten Zeit zu mehreren Prozessen geführt), wird nun den Kirchen anvertraut, wobei der Staat seine bisherigen Zuschüsse aufrechterhält.

Es ist, wie es Landesbischof Lilje mit anerkennenden Worten nennt, eine "juristische Flurbereinigung", nach den Worten Kopf's

eine "Ertbürokratisierung des Verhältnisses Kirche - Staat". Das Bestreben, den Kirchen in kircheneigenen Dingen die volle Selbstverantwortung zu geben, ist unverkennbar.

Volles Verständnis der Bischöfe

Das Vertragswerk, das Landesbischof Lilje als Musterbeispiel auch für andere Länder empfiehlt, wäre nicht zustande gekommen, bestünde nicht seit den Tagen des Schulkampfes ein ebenso herzliches wie fruchtbares Verhältnis zwischen der Landesregierung und den evangelischen Kirchen. Als die niedersächsische Regierung daran ging, das veraltete Schulwesen in einem modernen Geist aus der überlieferten konfessionellen Zerrissenheit in die "christliche Gemeinschaftsschule" überzuführen, stieß sie auf das volle Verständnis der evangelischen Bischöfe. Ihrer Einsicht ist es zu verdanken, dass dem Land ein Kulturkampf mit der protestantischen Wahrheit erspart blieb. Die gleiche Einsicht beherrscht auch die Situation, die sich bei der Durchführung des Gesetzes ergibt, wie z.B. in Hildesheim, wo die Elternbeiräte der bisher evangelisch-konfessionellen Schulen beschlossen, christliche Gemeinschaftsschulen zu schaffen, obwohl nach dem Buchstaben des Gesetzes der frühere Status hätte beibehalten werden können.

Bei diesem Vertrauensverhältnis zwischen den evangelischen Kirchenleitungen und der Landesregierung kann es nicht verwundern, dass die Bischöfe gewünscht haben, es möge noch der jetzige Landtag den Vertrag ratifizieren. Das ist, über alle sachlich dafür sprechenden Momente hinweg (Zeitgewinn, Vereinfachung des Verfahrens) ein Vertrauensvotum der Kirchen für Kopf, das der Ministerpräsident gerade in dem Augenblick brauchen kann, da im Wahlkampf, von interessierter Seite gestreut, wieder die alte Mäx von der kirchenfeindlichen Sozialdemokratie auftaucht.

Zwang zur Zusammenarbeit

Auch auf der Seite der kirchlichen Vertragspartner ergibt sich ein interessantes Motiv. Es ist vorgesehen, dass alle finanziellen Zuwendungen des Staates aus diesem Vertrag nicht wie bisher an die

7.3.1955

einzelnen Kirchen geleistet werden, sondern in einen "gemeinsamen Topf" fließen und von den Kirchen selbst verteilt werden. Alle fünf Kirchen gehören wohl der EKD (Evangelische Kirchen Deutschland.) an, haben aber sonst, obwohl auf einem Landesboden gedeihend, keine organisatorische Bindung zueinander, wobei Oldenburg und die Reformierte Kirche noch eine Sonderrolle spielen. Der neue Vertrag zwingt ihnen, wenn auch zunächst auf einem Teilgebiet, eine gewisse Zusammenarbeit auf. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dies der Anfang zu einer Koordinierung auch anderer landesgebundener Anliegen sein könnte.

* * *

Wichtige Frist für Anträge nach dem Kindergeldgesetz

Die Leistungen nach dem Kindergeldgesetz - 25,- DM monatlich für jedes dritte und weitere Kind des Berechtigten - werden nur auf Antrag gewährt. Bei Antragstellung bis zum 31.3.1955 wird das Kindergeld rückwirkend ab 1.1.1955 nachgezahlt, geht ein Antrag erst nach dem 31.3.1955 ein, beginnt die Zahlung ab Antragsmonat.

Bei Kindern, die das 18. Lebensjahr überschritten, aber das 25. noch nicht vollendet haben und auf Kosten des Berechtigten für einen Beruf ausgebildet werden, bedarf es eines besonderen Antrags. Antragsberechtigte sind:

- 1.) Unfallversicherte oder Versicherungsberechtigte beim Unternehmer oder bei der von der zuständigen Berufsgenossenschaft errichteten Familienausgleichskasse,
- 2.) Sozialversicherungsrentner beim zuständigen Versicherungsträger,
- 3.) Arbeitslose beim Arbeitsamt,
- 4.) Schwerbeschädigte beim Versorgungsamt.

(Die Aufzählung des Personenkreises ist nicht vollständig, da sich die Zuständigkeiten häufig überschneiden.)

Für Versicherungsfreie und Selbständige (freiberuflich tätige Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, Künstler, Journalisten, Handelsvertreter usw.) dürfte teils die Berufsgenossenschaft für reichsgesetzliche Unfallversicherung (Verwaltungs-BG) in Hamburg 6, Schäferkampallee 18, teils die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Hamburg, Holstenwall 8, zuständig sein.

In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, einen Antrag an den Gesamtverband der Familienausgleichskassen in Bonn, Reuterstr. 157/159, zu richten. - Kriegowitwen und Fürsorgeempfänger mit drei und mehr Kindern fallen nicht unter das Gesetz. Für weitere Personenkreise (Hausgehilfen, Grenzgänger, Beschäftigte der Besatzungsmacht usw.) steht eine Regelung noch aus.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau